Stand: 16.12.2025 10:00:29

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/7377

"Prekäre Situation an den beruflichen Schulen jetzt lösen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/7377 vom 08.07.2015
2. Beschluss des Plenums 17/7453 vom 08.07.2015
3. Plenarprotokoll Nr. 49 vom 08.07.2015

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 08.07.2015 **Drucksache 17/7377**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Prekäre Situation an den beruflichen Schulen jetzt lösen

Der Landtag wolle beschließen:

Alle Kinder und Jugendlichen müssen Zugang zu Bildung haben. Dafür müssen geeignete Maßnahmen getroffen und finanzielle Unterstützung bereitgestellt werden.

Die Staatsregierung wird aufgefordert dem Landtag einen Finanzierungsvorschlag zur Personalversorgung an den beruflichen Schulen vorzulegen, der in den Nachtragshaushalt 2016 aufgenommen werden kann. Ziel muss sein allen Schülerinnen und Schülern an den beruflichen Schulen optimale Lernbedingungen zu bieten. Dabei muss dringend die Integration von berufsschulpflichtigen Flüchtlingen und Asylbewerberinnen sowie -bewerbern verbessert und ausgeweitet werden.

Dabei wird die Staatsregierung aufgefordert, dafür Sorge zu tragen, das alle berufsschulpflichtigen Flüchtlinge und Asylbewerberinnen und Asylbewerber zur Schule gehen können. Dafür wird im Haushalt eine eigene Titelgruppe eingerichtet, denn Bildung für Flüchtlinge ist Daueraufgabe.

Begründung:

Die beruflichen Schulen in Bayern leiden unter einem eklatanten Budgetdefizit. Von einer Gleichwertigkeit der beruflichen Schulen im Vergleich zu den allgemeinbildenden Schulen kann – gerade hinsichtlich der finanziellen bzw. personellen Ausstattung – keine Rede sein. Dies führt dazu, dass die Schulen dem Bildungsauftrag nicht in vollem Umfang gerecht werden können. Das Engagement der Lehrkräfte stößt an seine Grenzen. Der Erfolg der beruflichen Schulen ist ganz wesentlich den Lehrkräften zu verdanken, die sich vielfach über das vertretbare Maß hinaus engagieren. Deshalb ist es dringend nötig umgehend nachzusteuern, damit die beruflichen Schulen nachhaltig gestärkt werden.

Zudem ist klar: die Aufnahme und Integration von Flüchtlingen und Asylbewerberinnen bzw. -bewerbern auch an den beruflichen Schulen wird uns nicht nur in den kommenden Monaten beschäftigen, sondern stellt für Bayern in den kommenden Jahren eine große Aufgabe dar. Die Vielzahl der Herausforderungen (etwa fehlende Deutschkenntnisse, psychische Belastungen, die schwierige soziale Situation der Schülerinnen und Schüler) und die nicht ausreichenden Möglichkeiten, diesen angemessen zu begegnen haben zur Folge, dass die Schulen vollkommen überfordert sind.

Mit den zusätzlichen Mitteln sollen die beruflichen Schulen besser ausgestattet werden. Außerdem soll eine belastungsorientierte Budgetierung dafür sorgen, dass berufliche Schulen, die etwa Flüchtlingskinder und Asylbewerberinnen bzw. -bewerber aufnehmen, mehr Mittel bekommen, um so die Möglichkeit bekommen, zumindest vereinzelt, eine Zweitlehrkraft einzusetzen oder verstärkt Schulsozialarbeit einzusetzen.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

17. Wahlperiode 08.07.2015 **Drucksache** 17/**7453**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Kerstin Celina, Ulrich Leiner, Christine Kamm, Claudia Stamm** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/**7377**

Prekäre Situation an den beruflichen Schulen jetzt lösen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Inge Aures

II. Vizepräsidentin

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm
Abg. Kathi Petersen
Abg. Günther Felbinger
Abg. Tobias Reiß
Abg. Thomas Gehring
Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle
Abg. Martin Güll
Dritter Vizepräsident Peter Meyer

Präsidentin Barbara Stamm: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)
Task Force für die beruflichen Schulen - zusätzliche Lehrkräfte für die Beschulung und Betreuung von Flüchtlingen einstellen (Drs. 17/7358)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Günther Felbinger u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Pflichtunterricht für das kommende Schuljahr 2015/2016 sicherstellen - berufliche Schulen nicht vergessen! (Drs. 17/7375)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Prof. Dr. Gerhard Waschler u. a. und Fraktion (CSU)
Unterrichtsversorgung angesichts der steigenden Zahl von Flüchtlingen und Asylsuchenden weiterhin sicherstellen (Drs. 17/7376)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Gehring u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Prekäre Situation an den beruflichen Schulen jetzt lösen (Drs. 17/7377)

Es ist wiederum eine gemeinsame Aussprache festgelegt worden. Diese darf ich hiermit eröffnen. Als Erste hat Frau Kollegin Petersen das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Kathi Petersen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Die Kernaufgabe für die Zukunftsfähigkeit der bayerischen und bundesdeutschen Gesellschaft liegt in der Gewinnung von Fachkräften" - so der Bayerische

Staatsminister für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst bei einem Neujahrsempfang des Kfz-Gewerbes.

(Zuruf von der CSU: Bravo!)

Wenn dem so ist, dann müsste es den beruflichen Schulen in Bayern richtig gut gehen; denn Einrichtungen, die gesellschaftliche Kernaufgaben wahrnehmen, werden doch wohl angemessen, wenn nicht sogar reichlich ausgestattet. Das sollte man meinen.

Doch die Realität schaut ganz anders aus. In einem gestern publizierten offenen Brief bezeichnet der Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern – VLB – die Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen als katastrophal; sie stünden im kommenden Schuljahr vor dem Kollaps. Das, Kolleginnen und Kollegen, muss uns alarmieren; denn gerade die Lehrer an beruflichen Schulen sind nicht für Wehleidigkeit bekannt.

Sie haben es hingenommen, dass von einem Bildungsetat von 11,2 Milliarden Euro im Jahr 2015 gerade einmal 450 Millionen Euro, also 4 %, in die berufliche Bildung investiert werden. Sie haben nicht resigniert, als sie mit erweiterter Schulleitung, QM und anderen zusätzlichen - vor allen Dingen bürokratischen - Aufgaben konfrontiert wurden, ohne eine entsprechende Mehrung des Personals. Weil ihnen ihre Schüler am Herzen liegen, haben sie Überstunden gemacht, und zwar in erheblichem Umfang. Die Überstunden entsprechen derzeit 359 Lehreräquivalenten, also 359 Planstellen. Wo bleibt da die Fürsorgepflicht des Arbeitgebers

(Beifall bei der SPD – Unruhe – Glocke der Präsidentin)

- danke -, zumal dieser offenkundige, eklatante Personalmangel weniger auf die Beschulung von Flüchtlingen und Asylbewerbern als auf eine fehlerhafte Prognose des zuständigen Ministeriums zurückgeht? Dort rechnete man zum Beispiel für die Oberpfalz im Jahr 2011 mit einem Schülerrückgang in den Folgejahren von 29 %; tatsächlich sind es aber 2 %.

In Bayern insgesamt ist die Schülerzahl an beruflichen Schulen sogar um 3,6 % gestiegen. Doch bei seiner Mittelzuweisung orientiert sich das Ministerium an seiner Prognose, nicht an der Realität. Bildungspolitik auf der Basis von Realitätsblindheit - das kann nur schiefgehen!

(Beifall bei der SPD)

Und es geht gründlich schief, wie der Hilferuf des VLB zeigt; denn nicht einmal jetzt, da weitere Klassen für die Beschulung jugendlicher Flüchtlinge und Asylbewerber nötig sind – derzeit besuchen weniger als die Hälfte von ihnen eine Berufsschule -, ist das Ministerium zu notwendigen Maßnahmen bereit. Vielmehr werden die beruflichen Schulen aufgefordert, die Arbeitszeitkonten abzubauen. Wie soll das gehen ohne zusätzliche Einstellungen, wo doch schon die Überstunden wegen Personalmangel entstanden sind? Da ist das Ministerium auf ein brillante Idee verfallen: Man streicht Pflichtunterricht. Pflichtunterricht heißt so, Kolleginnen und Kollegen, weil einerseits die Schüler verpflichtet sind, ihn zu besuchen, andererseits aber die Schule verpflichtet ist, ihn anzubieten. Das ficht die Verantwortlichen im Ministerium offensichtlich nicht an. Schon jetzt entfallen, wie ich auf eine Anfrage erfahren habe, bis zu einem Drittel des Unterrichts in Sport und Religion und 5 % des Deutschunterrichts. Das ist mehr als ein Armutszeugnis. Das ist ein bildungspolitischer Offenbarungseid!

(Beifall bei der SPD)

Weil wir die berufliche Bildung tatsächlich für eine politische Kernaufgabe halten, fordern wir jetzt eine Task Force für die beruflichen Schulen. Die Anträge der GRÜNEN und der FREIEN WÄHLER haben die gleiche Zielsetzung. Deswegen stimmen wir ihnen auch zu. Der Antrag der CSU hingegen suggeriert mit seiner Überschrift "Unterrichtsversorgung … weiterhin sicherstellen", zurzeit sei alles in Ordnung, was nicht der Fall ist. – Quod erat demonstrandum. Deshalb werden wir diesen Antrag ablehnen.

Falls Sie Leute für die beruflichen Schulen suchen: Es gibt genügend gute Referendare, die an Gymnasien oder Realschulen keine Stelle gefunden haben und nach einer

Zusatzqualifikation zum Beispiel Deutsch als Zweitsprache unterrichten könnten. Sorgen Sie für ausreichend Personal, Herr Minister! Der Nachtragshaushalt steht bevor. Das ist *die* Chance, damit der Pflichtunterricht aufrechterhalten und die viel zitierte Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Bildung nicht vollends zur Makulatur wird.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank. - Jetzt hat Herr Kollege Felbinger das Wort. Bitte sehr, Herr Kollege Felbinger.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Minister! Schülerinnen und Schüler aller Schularten in Bayern haben einen Anspruch auf die Sicherstellung ihres Pflichtunterrichts. Uns ist egal, ob das schulpflichtige oder berufsschulpflichtige Schülerinnen und Schüler sind. Für uns macht das keinen Unterschied. Bei uns genießen alle Schularten gleich hohe Wertschätzung. Es macht auch keinen Unterschied, ob jemand hier geboren oder ob er zu uns geflüchtet ist. Wir sind der festen Überzeugung: Die Bayerische Staatsregierung muss hierfür den Pflichtunterricht gewährleisten. Wenn sie das nicht schafft, hat sie schlicht und einfach versagt.

Es ist bedauerlich genug, dass wir heute über dieses Thema reden müssen, und es ist auch bedauerlich, dass die CSU – das sehe ich, wenn ich ihren Antrag lese – die Realität immer noch nicht erkannt hat und davon spricht, dass die Unterrichtsversorgung "weiterhin" sichergestellt werden soll, obwohl sie es bis jetzt überhaupt nicht ist.

Fakt ist, dass der offene Brief des Berufsschullehrerverbands diese Unterrichtsversorgung noch einmal sehr deutlich vor Augen geführt hat. Man kann sagen, es ist ein Hilfeschrei der Berufsschullehrer, die ja sonst eigentlich nicht für öffentliches Lospoltern bekannt sind, sondern brav ihre Pflicht tun, und dies hervorragend. Dieser Hilfeschrei zeigt erneut, dass das Kultusministerium in der Unterrichtsplanung heillos überfordert

ist. Es ist überfordert, weil Ministerpräsident Seehofer keine Stellen schaffen möchte und der Finanzminister daran natürlich auch kein Interesse hat.

Leidtragende sind die Lehrkräfte an allen Schulen, aber insbesondere an den beruflichen Schulen. Die Ursache liegt natürlich in der verfehlten Bildungspolitik der CSU, die seit Jahren die beruflichen Schulen im toten Winkel lässt. Das wird ganz besonders dadurch deutlich, dass an den beruflichen Schulen eine Personaldeckung von gerade einmal 92 % besteht. Das wird aktuell deutlicher denn je, weil die Zahl der berufsschulpflichtigen Schülerinnen und Schüler und der Flüchtlinge in Bayern steigt.

Die beruflichen Schulen konnten in den letzten Jahren eine erfolgreiche Entwicklung bei den Schülerzahlen verzeichnen und leisten hervorragende, qualitätvolle Arbeit. Während das Ministerium noch 2011 für die beruflichen Schulen einen Schülerrückgang prognostizierte, ist inzwischen vielfach genau das Gegenteil eingetreten. In den Regierungsbezirken sind entweder nahezu gleichbleibende oder sogar steigende Schülerzahlen festzustellen. Mit knapp 60.000 Schülerinnen und Schülern an FOS/BOS ist dort derzeit sogar ein Allzeithoch erreicht.

Bedauerlich ist – das muss man der Staatsregierung einfach vorwerfen -, dass die Zahl der Planstellen seit Jahren mit dem Schülerzuwachs nicht Schritt gehalten hat. Aus diesem Grund ist insbesondere an den beruflichen Oberschulen die Abdeckung des Pflichtunterrichts mit dem vorhandenen Lehrerpersonal nicht mehr zu gewährleisten.

Sehr deutlich formuliert hat das der gerade erst neu ernannte Ministerialbeauftragte für die FOS/BOS in Ostbayern Klaus Vietze im letzten Verbandsheft. In der Ausgabe März/April sagt er Folgendes – ich zitiere -:

> An den Beruflichen Oberschulen herrscht seit vielen Jahren ein unakzeptables Unterrichtsdefizit. Will man die Budgetlücke schließen und die Aushilfskräfte auf ein annehmbares Maß zurückfahren, braucht man mindestens 300 zusätzliche Planstellen.

Genau diese Planstellen fordern wir FREIEN WÄHLER seit Jahren. Wir fordern außerdem, dass nicht länger all diese Lücken mit Aushilfsverträgen geschlossen werden. Den jungen Lehrkräften wird keine berufliche Perspektive geboten; sie werden schlicht und einfach ausgebeutet. Hier muss etwas passieren.

Die Lehrkräfte müssen für ihre wichtige Tätigkeit nicht nur eine hohe Wertschätzung erfahren, sondern sie müssen vom Freistaat Bayern die Unterstützung erhalten, die sie benötigen. Herr Minister, wo bleiben die in Erlangen beim Berufsschullehrerkongress versprochenen 100 Stellen? Bis heute sind sie nicht in Sichtweite.

Den erwähnten Hilfeschrei des Verbands der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern sollten Sie jetzt endlich ernst nehmen. Kämpfen Sie mit uns für zusätzliche Planstellen an den beruflichen Schulen! Tun Sie doch nicht so, als ob alles in Ordnung wäre! Legen Sie endlich – das fordern wir von Ihnen – die Zahlen offen! Planen Sie gewissenhaft und hören damit auf, an jeder Stelle mit den Zahlen zu jonglieren und zu tricksen.

Ich zitiere noch einmal den stellvertretenden Vorsitzenden des VLB Martin Krauß. Er schreibt im aktuellen Verbandsheft – ich zitiere –:

> … die Planstellenzuweisungen decken nicht den Bedarf – und dies schon seit Jahren. Es wird Zeit, die Fakten auf den Tisch zu legen. Nur so wird "nüchternen Rechnern" vor Augen geführt, dass ein riesiger Handlungsbedarf notwendig ist, wenn das "Schiff Berufsschule, berufliche Schulen" weiterhin ihre "Passagiere" sicher zu den beruflichen "Häfen" bringen soll.

Die Schulfamilie, Herr Minister, erwartet dies zu Recht. Wofür machen Sie eigentlich jährlich die Lehrerbedarfsberechnung, wenn die Zahlen dann doch im Papierkorb landen, anstatt in die entsprechenden Lehrerbedarfe umgesetzt zu werden? - Die Schulfamilie erwartet nicht mehr und nicht weniger als eine gesicherte Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr. Es darf kein Pflichtunterricht mehr aus Personalnot

ausfallen. Deswegen bitten wir um Zustimmung zu unserem Antrag. Wir stimmen auch den Anträgen von SPD und GRÜNEN zu und lehnen den der CSU ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Danke schön. – Jetzt hat Herr Kollege Reiß das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Tobias Reiß (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Petersen, lieber Kollege Felbinger, es besteht tatsächlich keinerlei Zweifel daran, dass die beruflichen Schulen in Bayern derzeit größte Herausforderungen zu meistern haben. Das hängt sicherlich einmal damit zusammen, dass der Erfolg dieser wichtigen Säule der bayerischen Schullandschaft an sich sowie die Situation in der bayerischen Wirtschaft, die positive Ausbildungsbereitschaft der Betriebe für die angesprochenen, teilweise über die Prognosen hinausgehenden Schülerzahlen sorgt.

Zu berücksichtigen ist aber auch – Sie haben es angesprochen, und das ist in den Anträgen als ein zentrales Thema enthalten – der steigende Zustrom junger Flüchtlinge und Asylbewerber, der uns vor enorme Herausforderungen stellt. Das hat natürlich Einfluss auf die Unterrichtsversorgung insgesamt.

In unserer Fraktion war heute Vormittag der Präsident des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge zu Besuch und hat noch einmal sehr deutlich auf die Dimension der Zahlen und auf die Entwicklung der letzten Jahre hingewiesen. Im Jahr 2007 gab es beim Bundesamt 19.000 Anträge, 2014 waren es schon über 200.000, und in diesem Jahr erwartet Herr Dr. Schmidt fürs Bundesamt 400.000 Anträge.

Die Bewältigung dieser Antragsflut bedeutet einen riesigen Kraftakt für die Verantwortungsgemeinschaft aller politischen Ebenen; so haben es die Ministerpräsidenten beim Asylgipfel formuliert. Das geht bei Europa los und zieht sich über den Bund, die Länder bis hin zu den Kommunen. Diese zahlenmäßige Entwicklung bei jungen

Flüchtlingen und Asylbewerbern bedeutet eine enorme Herausforderung für die Schulen.

Wir stellen dafür enorme Haushaltsmittel zur Verfügung, Herr Kollege Felbinger.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

Die aktuellen Flüchtlingszahlen bedeuten für Bayern im Doppelhaushalt 2015/2016 zusätzlich bereitzustellende Mittel in Höhe von rund 3 Milliarden Euro.

(Beifall bei der CSU)

Wenn sich Bayern da mit den anderen Bundesländern vergleicht, vor allem was die Unterstützung der Kommunen anbelangt, stellt man fest: Das ist völlig unerreicht.

Auch wenn der Hauptteil dieser Mittel in die Versorgung und die Unterbringung der Asylbewerber fließt, gehen doch erhebliche Mittel auch in die Beschulung der zu uns kommenden jungen Flüchtlinge. Dieses Thema steht bei uns nicht im "toten Winkel", so wie Sie das formuliert haben, Herr Kollege Felbinger. Offensichtlich stand es bei Ihnen im toten Winkel, wenn Sie den VLB brauchen, um das Thema überhaupt auf die Tagesordnung zu nehmen.

Für uns besteht kein Zweifel: Wir müssen die Unterrichtsversorgung und ihre Qualität an den Schulen mit besonderem Augenmerk auf den beruflichen Schulen weiter sichern. Das bringen wir in unserem Dringlichkeitsantrag hier deutlich zum Ausdruck.

(Beifall bei der CSU)

Wir sind zuallererst den Lehrkräften an allen Schulen dankbar für die herausragende Arbeit, die sie in dieser außergewöhnlichen Situation für die jungen Menschen leisten, die aus den Krisenregionen der Welt zu uns kommen. Mit einer Fülle von schulinternen Maßnahmen tragen diese Lehrkräfte täglich dazu bei, dass Bayern den anhaltend großen Zustrom von Jugendlichen meistern und einen möglichst optimalen Unterricht bieten kann.

Das bayerische Modell erfährt bundesweit Beachtung und Zustimmung. Der Bundesflüchtlingsrat hat es den anderen Bundesländern mehrfach empfohlen. Das gilt auch und besonders für die hervorragende Arbeit, die bei der Beschulung berufsschulpflichtiger Flüchtlinge geleistet wird.

Erst im März dieses Jahres haben wir zusätzlich 70 Klassen für berufsschulpflichtige Flüchtlinge eingerichtet, um diesem Zustrom zu begegnen. An 75 Standorten in Bayern können derzeit in 260 Klassen rund 4.500 berufsschulpflichtige Flüchtlinge in den Berufsschulen an einem zweijährigen Programm teilnehmen, worin sie Deutschkenntnisse erwerben und sich auf eine Berufsausbildung oder den weiteren schulischen Weg vorbereiten können.

Bereits bestehende Standorte haben wir gestärkt und weitere Klassen eingerichtet. Selbstverständlich muss die Zahl der Standorte und der Klassen für das kommende Schuljahr angesichts der steigenden Zahlen der zu beschulenden Flüchtlinge weiter – und zwar deutlich – ausgebaut werden. Basis dafür ist das bayerische Konzept zur Sprachschulung ankommender Flüchtlinge. Wir halten bereits in den Erstaufnahmeeinrichtungen das Angebot seitens des Kultusministeriums vor, Anfängerkurse in "Deutsch als Zweitsprache" wahrzunehmen.

Im Jahr 2014 hat das Kultusministerium eine Stabsstelle eingerichtet. Diese Stelle koordiniert das Bildungsangebot für junge Flüchtlinge und organisiert Maßnahmen, die sich aus der Situation der Schulen vor Ort ergeben. Wir gelten hier im deutschen Vergleich als Vorbild und als Vorreiter, was die sprachliche, schulische und gesellschaftliche Integration von Asylbewerbern anbelangt.

(Beifall bei der CSU)

Die Ursprünge für das Modellprojekt "Berufliche Bildung für berufsschulpflichtige Flüchtlinge" wurden zunächst in Nürnberg und München entwickelt; es hat sich schnell in ganz Bayern ausgebreitet. Es gibt jetzt – ich habe es bereits angeführt – in ganz

Bayern zahlreiche Berufsschulen, die Sprachförderung und Berufsinformation betreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist richtig: Im laufenden Schuljahr werden an den beruflichen Schulen mehr Schüler unterrichtet, als in der Schülerprognose berechnet. Ein Teil davon ist sicher unabhängig von der Zahl der Flüchtlinge zu sehen. Zugleich bedeutet das ein Zeichen und ist ein überzeugender Beleg für die Zukunftsfähigkeit dieser Form der beruflichen Bildung; das haben Sie ja auch angesprochen. Diese Entwicklung stellt die Schulen und die Bildungspolitik vor enorme Herausforderungen, die wir jedoch – da habe ich keine Zweifel – in Zukunft auch bewältigen werden.Auch die Fachoberschulen und die Berufsoberschulen sind angesprochen. Sie verzeichnen aufgrund ihrer Leistungsfähigkeit eine enorme Nachfrage bei den Schülerinnen und Schülern. Das ist letzten Endes eine erfreuliche Entwicklung; denn die FOS und die BOS haben sich als zweiter, gleichwertiger Bildungsweg zur Hochschulreife positioniert. Dazu kann man diese Säule der bayerischen Bildungspolitik nur beglückwünschen. Auch an diesen Schulen konnten wir in letzter Zeit zusätzliche Stellen schaffen. Wir werden da auch nicht nachlassen.

Das Thema Nachtragshaushalt wurde schon angesprochen. Hier müssen wir sicherlich etwas tun, aber wir brauchen nicht, wie das im SPD-Antrag formuliert ist, eine Taskforce; denn die würde von oben herab bestimmen. Wir müssen das an den Schulen vor Ort sicherstellen, sie müssen der außergewöhnlichen Situation vor Ort in eigenverantwortlichem Engagement begegnen. Wir müssen uns um die minderjährigen Flüchtlinge kümmern, die eine Bleibeperspektive haben, weil wir sonst nicht nur personell und räumlich an unsere Kapazitäten stoßen, sondern auch finanziell.

Mit dem Dringlichkeitsantrag, den wir den Dringlichkeitsanträgen von SPD, FREIEN WÄHLERN und GRÜNEN entgegenstellen, wollen wir die Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr 2015/2016 angesichts der unvermindert steigenden und derzeit nicht abschätzbaren Zahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen an allen bayerischen Schulen sicherstellen. Vor allem den Kindern und Jugendlichen, die voraus-

sichtlich dauerhaft in unserem Land bleiben werden, soll auf der Grundlage eines raschen Spracherwerbs eine bestmögliche schulische Bildung und damit eine nachhaltige Perspektive eröffnet werden, im Beruf wie im Leben. Dafür müssen wir weitere schulische Angebote in ausreichendem Umfang bereitstellen, wie wir das in unserem Antrag einfordern. Die erfolgreichen Aus-, Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen für Lehrkräfte an bayerischen Schulen müssen wir dazu weiter ausbauen. Selbstverständlich legen wir dabei ein besonderes Augenmerk auf die beruflichen Schulen.

(Beifall bei der CSU)

Abschließend, liebe Kolleginnen und Kollegen, möchte ich sagen: Die steigende Zahl von Flüchtlingen und Asylbewerbern fordert uns gesamtgesellschaftlich. Dessen sind wir uns alle bewusst. Bildung und insbesondere Sprachkenntnisse sind der Schlüssel für eine gelungene Integration, beruflichen Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe. Die Schulen, die dazu einen wesentlichen Beitrag leisten, gilt es in dieser außergewöhnlichen Situation zu stärken. Das verdeutlichen wir mit unserem Dringlichkeitsantrag, für den ich Sie um Zustimmung bitte. Die Dringlichkeitsanträge von SPD, FREIEN WÄHLERN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden wir ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Zwischenbemerkung: Frau Kollegin Petersen. Bitte.

Kathi Petersen (SPD): Herr Kollege Reiß, Sie bestätigen in vollem Umfang meinen Vorwurf der Realitätsfremdheit oder –blindheit.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Ach!)

Es geht zum einen nicht darum, dass man Flüchtlinge gegen andere Schüler ausspielt, wie Sie das gerade getan haben.

(Beifall bei der SPD)

Es ist natürlich unsere Aufgabe, uns um jugendliche Flüchtlinge und Asylbewerber zu kümmern. Das geschieht leider nicht in ausreichendem Maße, aber immerhin ansatzweise. Es geht aber auch darum, dass andere Schüler nicht darunter leiden sollen. Dafür brauchen wir aber mehr Personal an den Schulen.

Sie haben uns und den FREIEN WÄHLERN vorgeworfen, wir bräuchten den Verband der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern – VLB –, um die Situation an den Berufsschulen kennenzulernen. Wir brauchen den VLB nicht, wir haben hinreichend Besuche an und Kontakte zu den beruflichen Schulen, um zu wissen, was dort abgeht. Da Sie die Situation aber schon länger kennen und im Gegensatz zu uns die Möglichkeit haben, etwas daran zu ändern, das aber nicht tun, frage ich: Wie soll ich das bezeichnen? Als Flucht vor der Verantwortung? – Die Frage können Sie vielleicht selber beantworten.

(Beifall bei der SPD)

Ihre Bemerkung, wir hätten zwar den Nachtragshaushalt erwähnt, man könne aber nicht darauf setzen, sondern es gehe um das eigenverantwortliche Engagement der Schulen vor Ort, empfinde ich als blanken Zynismus. Wie sollen die Schulen vor Ort, an denen schon ohne die Beschulung der Flüchtlinge Personalmangel besteht, eigenverantwortlich Probleme lösen, ohne Unterricht ausfallen zu lassen oder Schüler nach Hause zu schicken? – Was hätten Sie sonst noch für Vorschläge?

Was die Beschulung von Flüchtlingen angeht, so habe ich schon gesagt: Da wird einiges getan, aber einiges wäre auch noch verbesserungsfähig. Das betrifft zum Beispiel die Zusammenarbeit mit Kooperationspartnern. Es ist eine jährliche Ausschreibung notwendig, sodass die Schulen nie wissen, wer im nächsten Jahr der Kooperationspartner ist. Die beim Kooperationspartner angestellten Sozialpädagogen und Lehrer werden in der Regel schlechter bezahlt und haben schlechtere Arbeitsbedingungen. Ich denke, da ist noch viel Luft nach oben.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Reiß, bitte.

Tobias Reiß (CSU): Frau Kollegin, ich beginne mit der Eigenverantwortlichkeit der Schulen. Dieses Thema habe ich Ihrem Vorschlag, der Taskforce, gegenübergestellt. Selbstverständlich müssen wir Ressourcen bereitstellen, die es den Schulen ermöglichen, ihre Unterrichtsverpflichtung auch tatsächlich zu erfüllen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wann endlich?)

Auch die Verbände fordern diese Taskforce und sagen: Richten wir doch bei den Regierungen zehn Stellen ein, die dann in einer Art Mobilen Reserve in die Landkreise geschickt werden und dort, wo Bedarf besteht, eingesetzt werden. Es ist eine Frage der Organisation, ob man Mittel bereitstellt, um den Schulen vor Ort die eigenverantwortliche Organisation zu ermöglichen. Man sieht auch die Dimension, wenn von zehn Stellen gesprochen wird. Ich denke, hier haben wir schon mehr zur Verfügung gestellt. Im Hinblick auf die steigenden Zahlen müssen wir für das nächste Schuljahr handeln. Wir fliehen nicht vor der Verantwortung, wie Sie das formuliert haben, sondern wir stellen uns dieser Verantwortung. Wir sind selbstverständlich nicht nur mit dem Verband in Kontakt, sondern auch mit den Schulen vor Ort.

Kein Mensch will die Flüchtlinge und unsere Schüler gegeneinander ausspielen. Aber es hat natürlich Einfluss aufeinander, wenn man verantwortlich mit den zur Verfügung stehenden Mitteln umgeht. Wir stellen – das habe ich bereits angesprochen – drei Milliarden Euro aus dem bayerischen Staatshaushalt zur Verfügung. Erhebliche Mittel davon fließen in die Beschulung der jungen Flüchtlinge. Hier wird kein Mensch gegen einen anderen ausgespielt.

Präsidentin Barbara Stamm: Weitere Zwischenbemerkung: Herr Kollege Felbinger.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Reiß, Sie sagen, an den beruflichen Schulen sei alles in Ordnung; denn das suggerieren Sie mit Ihrem Antrag, den Sie nur auf die unbegleiteten Flüchtlinge fokussieren. Bedeutet das im Umkehrschluss

für die beruflichen Schulen, dass diese weiterhin mit nur 92 % Personalabdeckung auf der letzten Rille weiterfahren müssen? Wie beurteilen Sie weiterhin die Diskrepanz, dass an den Fachoberschulen und den Berufsoberschulen nur 75 % des Unterrichts über Planstellen abgedeckt werden? Gleichzeitig ist aber bei den Eingangsklassen ein Schülerzuwachs von 4,4 % vorhanden. Was gedenken Sie jetzt wirklich zu machen? - Ihr Antrag sagt dazu nämlich überhaupt nichts aus.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Der Felbinger hört nicht hin, wenn unsere Seite etwas sagt! – Kathi Petersen (SPD): Doch, er hört hin!)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, bitte.

Tobias Reiß (CSU): Herr Kollege, das geht in eine ähnliche Richtung wie die Behauptung, hier würden Schüler gegeneinander ausgespielt. Wir haben selbstverständlich die Pflichtversorgung im Blick. Wir schreiben im Antrag, dass wir die Unterrichtsversorgung sichergestellt wissen wollen. Zu der Frage, wie die Abdeckung stattfindet: Wenn die Entwicklung der letzten Jahre von der Prognose abweicht, wie das bei FOS und BOS tatsächlich der Fall ist, dann ist hier nachzusteuern. Das ist in den letzten Monaten und Jahren doch auch immer passiert.

(Zuruf des Abgeordneten Günther Felbinger (FREIE WÄHLER))

- Stellen können wir im Haushalt bereitstellen. Momentan haben wir aber keine Haushaltsberatungen.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Wenn Sie das schon so lange wissen, warum haben Sie dann nicht darauf reagiert?)

Wir werden dieses Thema im Rahmen der Haushaltsberatungen verantwortungsbewusst im Hinblick auf einen stabilen bayerischen Staatshaushalt angehen.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. – Jetzt die nächste Wortmeldung: Herr Kollege Gehring. Bitte.

Thomas Gehring (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon eine ernste Sache, wenn die Berufsschullehrer Alarm schlagen. Das will schon etwas heißen; denn die Berufsschullehrer leben seit Jahren mit Unterversorgung bei der Unterrichtsversorgung. Berufsschullehrerinnen und -lehrer sind also leidensfähig und leistungsfähig; denn trotz der ständigen Unterversorgung leisten sie eine gute Arbeit. Nun aber schlagen sie Alarm, und zwar mit drastischen Worten. Sie sagen: So funktioniert das nicht, berufliche Schulen benötigen konkrete Hilfe; die Unterrichtsversorgung an beruflichen Schulen ist katastrophal; wir stehen im kommenden Schuljahr vor dem Kollaps.

Das ist eine dramatische Situation. Und warum? – Weil wir mehr Schüler an den beruflichen Schulen haben. Konkret: Es sind 60.000 Schülerinnen und Schüler mehr an den beruflichen Schulen, als 2011 prognostiziert waren.Aber auf diesen Prognosen von 2011 beruht der Doppelhaushalt; auf diesen Prognosen beruht die Lehrerzuweisung. Aktuell gibt es zu wenige Lehrerstellen. Es gibt 60.000 Schüler mehr als vorausgesagt. Dazu muss man sagen: Das ist gut so. Da sind mehr Schülerinnen und Schüler im dualen System. Das ist gut so. Da sind mehr in der Fachoberschule und in der Berufsoberschule. Das ist gut so. Es sind auch 4.600 Flüchtlinge an diesen Schulen. Das ist gut so; denn Bildung ist ein Recht für alle diese Jugendlichen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die beruflichen Schulen leisten Großes beim Unterricht für die Flüchtlinge – das haben wir schon öfter gesagt. Jetzt ist die Leistungsfähigkeit der beruflichen Schulen aber am Ende; jetzt brauchen sie eine Unterstützung. Was macht der Kultusminister? – Kultusminister Spaenle nimmt es ernst. Herr Spaenle, es ist ernst. Sie müssen nichts mehr nehmen oder annehmen – es ist ernst. Die beruflichen Schulen brauchen konkrete Unterstützung. Ernst nehmen reicht nicht mehr.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Wie begegnen Sie dieser Krisensituation an den beruflichen Schulen? Deswegen auch der Aufschrei. – Sie kürzen momentan an den Schulen vorhandene Mittel. Die Überstunden sollen abgebaut werden. Nebenberufliche Lehrkräfte sollen nicht mehr weiterbeschäftigt und eingestellt werden. Überstunden und nebenberufliche Lehrkräfte waren aber angesichts der ungenügenden Personalmittel bisher die internen Krisenhilfen der beruflichen Schulen. Diese Mittel gegen die Krise nehmen Sie jetzt den beruflichen Schulen weg. Die Schulen müssen die unterhälftig beschäftigten Lehrkräfte entlassen und dürfen sie nicht mehr weiter beschäftigen – und das bei immer mehr Schülern.

Das Fass zum Überlaufen bringt letztlich der Vorschlag, Pflichtunterricht zu kürzen, also Unterricht in Ethik, in Religion und Deutsch. Das sind die Fächer, die die berufliche Bildung zur Bildung machen, die mehr ist als Ausbildung. Die jungen Leute an den beruflichen Schulen haben ein Recht auf Bildung. Sie durchlaufen eine Lebensphase, die eine Bildungszeit ist. Es ist eine Frage der sozialen Gerechtigkeit, ob sie Bildung bekommen. Es ist eine Frage, ob wir diese jungen Menschen auf ihrem Weg zu selbstständigen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern unterstützen und stärken. Das Recht auf Bildung dürfen wir den jungen Menschen an den Berufsschulen nicht nehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Zu den Flüchtlingen. – Ja, wir haben die Berufsschulpflicht für alle Flüchtlinge in Bayern. Wir haben ein gutes Modell. Wir haben gute Ansätze. An den beruflichen Schulen wird gute Arbeit geleistet. Wir haben hoch motivierte junge Leute, junge Flüchtlinge, die lernen wollen und lernen. Derzeit haben wir aber nur für ungefähr ein Drittel dieser jungen Leute ein Angebot. Was ist das für eine Schulpflicht, wenn zwei Drittel nicht in die Schule gehen können? Was ist das für eine Schulpflicht, wenn die Schulen Auf-

nahmeprüfungen machen müssen und irgendwelche Kriterien finden müssen, um zwei Drittel abzuwehren? - Das ist doch kein Ernstnehmen einer Schulpflicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt sagen Sie, die Schulen sollen die Mittel aus den Stellen für nebenamtliche Lehrkräfte, aus den Mitteln für Überstunden und für den Pflichtunterricht zusammenkratzen. Das ist ein Armutszeugnis für ein reiches Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das derzeitige Problem des Unterrichts für die Flüchtlinge besteht darin, dass die Mittel aus verschiedenen Etats des Kultusministeriums zusammengekratzt werden. Deswegen lautet unsere Forderung: Wir müssen Flüchtlingsunterricht als eigenständige Aufgabe mit einer eigenen Titelgruppe im Haushalt verankern, weil es eine Daueraufgabe ist. Das ist nichts für den Moment. Dafür müssen wir die entsprechenden Mittel zur Verfügung stellen. Das muss jetzt im Nachtragshaushalt geschehen. In diese Titelgruppe müssen mindestens 10 Millionen Euro.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir brauchen ein Notprogramm für berufliche Schulen zum Herbst.

Wir werden den Dringlichkeitsanträgen der SPD und der FREIEN WÄHLER zustimmen. Dem Dringlichkeitsantrag der CSU können wir nicht zustimmen, weil er weiterhin nur ein, wie es heißt, Angebot in ausreichendem Maße zur Verfügung stellen will. Das Angebot ist eben momentan nicht ausreichend. Da muss mehr getan werden. Dies heißt auch, dass vor allem auch ein Angebot für die Jugendlichen gemacht werden soll, die dauerhaft in unserem Lande bleiben werden. Nein, liebe Kolleginnen und Kollegen, Bildung ist ein Recht der Kinder und Jugendlichen. Alle Kinder und alle Jugendlichen in unserem Land, egal, welchen Aufenthaltsstatus sie haben, haben dieses Recht auf Bildung. Deshalb müssen wir Bildungsangebote zur Verfügung stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Deswegen bitten wir um Zustimmung zu unserem Dringlichkeitsantrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat jetzt Herr Staatsminister Dr. Spaenle das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Frau Präsidentin, Hohes Haus! In der Tat leisten die beruflichen Schulen in Bayern ganz Herausragendes, gleich, ob es sich um Schulen im beruflichen Kernbereich handelt oder ob es die Beruflichen Oberschulen sind. Erstens. Um gleich mit einer Mär aufzuräumen: Wir sehen nicht auf Zahlen des Jahres 2011, um den Doppelhaushalt 2015/2016 aufzustellen. Wir sehen immer genau auf die Zahlen, die zum Aufstellungszeitpunkt des Doppelhaushaltes aktuell zur Verfügung stehen. Diese sind die Grundlage für die Haushaltsplanung. Dann wird – auch dafür gibt es unter anderem den Nachtragshaushalt – nachjustiert. Entsprechend hoch ist dann auch der Anteil an nicht beamteten, das heißt, auf Mittelbasis, auf Tarifverträgen eingesetzten Lehrkräften, weil ein Personalkörper von über 100.000 eine solche Möglichkeit des aktuellen Reagierens auch mit befristeten Verträgen notwendig macht. Das heißt: Die Behauptung, dass die jetzige Unterrichtsplanung auf den Schülerzahlen des Jahres 2011 beruhe, ist falsch und eine Mär.

Zweitens. Die Schülerzahlen sinken, wenn man die schulpflichtigen Asylbewerber nicht dazurechnet, sondern nur diejenigen Schülerinnen und Schüler zählt, die die beruflichen Schulen – ohne die Beruflichen Oberschulen – besuchen und bei uns ihren Lebensmittelpunkt haben. Sie sinken zum kommenden Schuljahr um noch einmal 800. Sie sind gegenüber der Prognose des Jahres 2014 gesunken.

Das heißt: Wir haben die Kernanforderung, den Unterricht wie an allen anderen weiterführenden Schularten selbstverständlich sicherzustellen. Dazu bedarf es großer An-

strengungen. Dazu bedarf es entsprechender Reaktionen. Bei der Haushaltsaufstellung und den dann jährlich notwendigen und möglichen Nachsteuerungen über den Doppelhaushalt reagieren wir. Die Kolleginnen und Kollegen an den Berufsschulen mahnen natürlich an, dass ihnen entsprechende Möglichkeiten eröffnet werden. Das tun wir.

Die Beruflichen Oberschulen entwickeln sich sehr, sehr stark. Sie entwickeln sich aber genau im Rahmen der Prognose, also dessen, was wir erwarten. Deswegen sind im laufenden Schuljahr knapp 100 Stellen zugewiesen worden. Wir gehen davon aus, dass wir in einem ähnlichen Ausmaß – das ist natürlich der entsprechenden Zuweisung vorbehalten, die rechtzeitig erfolgen wird – wahrscheinlich weitere Stellenzuwächse für die Beruflichen Oberschulen schaffen können, um genau den im Erwartungshorizont der entsprechenden Prognosen liegenden Aufwuchs an den beruflichen Oberschulen zu begleiten.

Thema 3 fordert uns in ganz besonderer Weise. Herr Kollege Reiß hat es ausführlich dargelegt. Dies ist die Situation der jungen Menschen, die zu uns kommen und im Alter von 16 bis 25 Jahren der Berufsschulpflicht unterliegen. Für den gesamten Schulbereich haben wir im laufenden Schuljahr – ich sage das, damit Sie die Dimension der Dynamik sehen – mit 17.000 schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen begonnen. Im Moment sind es 30.000. In das kommende Schuljahr starten wir mit einer prognostizierten und der Unterrichtsplanung im Moment zugrunde gelegten Zahl von 40.000. Davon sind immer etwa zwei Drittel im Bereich der beruflichen Schulen.

Mit den beschriebenen Instrumenten haben wir etwas an der Hand, das bundesweit vorbildhaft ist. Wir können dafür im laufenden Schuljahr mit 260 Klassen entsprechende Angebote unterbreiten. Wir werden zum Beginn des kommenden Schuljahres die Unterrichtseinheiten durch entsprechende Lehrkräfte ausfüllen, aber auch einen großen Anteil mit zusätzlichen Mitteln mit Kooperationspartnern im Rahmen eines besonderen Modells ausstatten. Dieses Modell ist auf zwei Jahre angelegt. Wir werden also einen massiven Ausbau entsprechender Klassenvolumina haben.

Wir geraten sowohl an räumliche als auch – und das ist das Besondere, das auch die Unterrichtssituation an den beruflichen Schulen betrifft – im Bereich bestimmter Fächer, etwa Elektrotechnik und Maschinenbau, an personelle Grenzen, weil wir zu wenig Absolventen mit entsprechenden Kombinationen des Berufsschullehramtes haben. In der Tat finden gewisse Fachkombinationen aus dem Bereich des gymnasialen Lehramts auch in berufliche Schulen Eingang. Mit Sondermaßnahmen zielen wir auf die Gewinnung zusätzlicher Lehrkräfte ab.

Gespräche mit Partnern wie etwa der Katholischen Kirche und anderen sind über die Abrechnung von Gestellungsverträgen und andere Dinge zu führen. Die Information, dass diese Angebote beim Religionsunterricht im kommenden Schuljahr nicht mehr stattfinden würden, ist falsch.

An die beruflichen Schulen wird deshalb eine ganz besondere Anforderung gestellt. Wir wollen und werden dieser Anforderung gerecht werden. Es geht um die Dimension, die ich Ihnen beschrieben habe, nämlich die Entwicklung an den beruflichen Schulen an sich, an den Beruflichen Oberschulen mit weiter steigenden Schülerzahlen und um die ganz besondere Herausforderung der Beschulung der jungen Menschen im berufsschulpflichtigen Alter, die Asylbewerber sind.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Herr Staatsminister, bitte kommen Sie zurück ans Rednerpult. Herr Kollege Güll hat sich für eine Zwischenbemerkung gemeldet. Bitte schön, Herr Kollege.

Martin Güll (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Staatsminister, unterscheiden wir einmal zwischen dem Auftrag der Berufsschule, den Pflichtunterricht zu leisten, und der aktuellen Herausforderung. Wenn Sie aktuell Planungen durchführen, frage ich mich verwundert, warum dann so viel Pflichtunterricht ausfällt, unabhängig von der Herausforderung der jungen Flüchtlinge.

Wir sprechen jetzt über den Dringlichkeitsantrag, mit dem für die Bewältigung der riesigen Herausforderung der Flüchtlingsbeschulung die Einrichtung einer Taskforce gefordert wird. Wir haben hier eine zunehmende Zahl von Klassen, und diese Klassen brauchen eine Lehrerversorgung, wie das Herr Kollege Reiß schon gesagt hat. Bisher nehmen die Berufsschulen diese Lehrkräfte aus dem normalen Kontingent ihrer Lehrerkollegien. Das geht vielleicht ein bis zwei Klassen. In der Berufsschule Dachau, in der es bereits vier Klassen gibt und in der im September sechs Klassen eingerichtet werden, bei steigender Tendenz, fragt sich der dortige Berufsschuldirektor: Mit welchem Personal soll ich das leisten?

Deshalb hatten wir die Idee mit der Taskforce. Wir wollen aus den Finanzmitteln, die wir für die Flüchtlinge verwenden müssen, einen Teil herausnehmen, um befristete Stellen – das sind keine Planstellen – aus dem Kontingent der Wartelisten zu schaffen, um diesem Problem Herr zu werden. Es kann doch nicht so problematisch sein, darüber nachzudenken, wie wir dieses Problem lösen. Ihre reflexartige Ablehnung geht mir langsam wirklich auf den Geist. Die Berufsschulen brauchen eine Lösung. Wenn Sie diese Lösung nicht akzeptieren, müssen Sie bereit sein, eine andere Lösung auf den Tisch zu legen. Herr Staatsminister, es geht nicht, dass wir die Schulen allein lassen; denn die Schulen sind am Anschlag.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLER und den GRÜNEN)

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Die Schulen, nicht die Antragsteller, mahnen zu Recht an, dass ihnen geholfen wird. Ich habe Ihnen deutlich gemacht, dass wir bei jetzt 260 Klassen, die sich dieser Aufgabe widmen, einen dramatischen Zusatz an Lehrkräften zur Verfügung stellen werden. Dieser Zusatz wird im dreistelligen Bereich liegen. Ich kann Ihnen die Zahlen der Unterrichtsplanung noch nicht abschließend mitteilen. Bei diesem zweijährigen Modell stellen wir mit den Kooperationspartnern, insbesondere aus dem Bereich der sozialen Arbeit, zusätzliche Angebote zur Verfügung.

Die letzte Festlegung hängt von dem Beschluss über den Nachtragshaushalt ab. Ich bin bestrebt, bei den Verhandlungen über den Nachtragshaushalt eine Mehrung der Mittel für die Kooperationspartner zu erreichen. Dazu sind jedoch ein Beschluss der Bayerischen Staatsregierung auf ihrer Haushaltsklausur in 14 Tagen und außerdem der Beschluss dieses Hohen Hauses notwendig. Wir werden die Zahl der Klassen dramatisch erhöhen. Diese Klassen werden übrigens nicht nur zum Beginn des Schuljahrs, sondern in einer zweiten Tranche auch zum Schulhalbjahr eingerichtet.

Wir werden durch eine Lehrerzuweisung im dreistelligen Bereich die Zahl dieser Klassen erhöhen. Dies können wir jedoch erst tun, wenn wir die dazu erforderlichen Beschlüsse im Nachtragshaushalt vorliegen haben. Wir haben die Prognose von insgesamt 40.000 zu beschulenden Flüchtlingen, von denen zwei Drittel berufsschulpflichtig sind. Deshalb werden wir die Lehrerstellen im dreistelligen Bereich erhöhen, das heißt Planstellen und eine Erhöhung der Mittel für die Kooperationspartner.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Staatsminister, bitte bleiben Sie noch am Rednerpult. Eine weitere Zwischenbemerkung: Herr Kollege Felbinger.

Günther Felbinger (FREIE WÄHLER): Meine Frage, die ich an Sie richten wollte, haben Sie indirekt fast schon beantwortet. Ich stelle diese Frage aber trotzdem, weil ich sie schon im Rahmen meiner Ausführungen gestellt hatte. Wann werden die für Erlangen versprochenen 100 Planstellen endlich Realität?

Staatsminister Dr. Ludwig Spaenle (Kultusministerium): Diese Planstellen sind an den Schulen. Ich habe Ihnen und Ihren Kollegen deutlich gemacht, dass wir den Beruflichen Oberschulen aufgrund der Schülerentwicklung für das laufende Schuljahr ungefähr 100 Lehrerplanstellen zur Verfügung gestellt haben. Diese Planstellen sind da. Ich habe es vorhin gesagt, wiederhole es aber gerne: Wir werden die Unterrichtsversorgung angesichts der zu erwartenden Schülerzuwächse an den Beruflichen Ober-

schulen im kommenden Schuljahr mit einer zusätzlichen Zuweisung von Lehrerplanstellen sichern.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit kommen wir zur Abstimmung. Dafür werden die Anträge wieder getrennt.

Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/7358 abstimmen. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/7375 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/7376 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke schön. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Danke schön. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Ich lasse jetzt über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/7377 abstimmen. Wer diesem Dringlichkeitsantrag

seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Danke. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist auch dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich darf jetzt das Ergebnis der vorhin durchgeführten namentlichen Abstimmungen über die Dringlichkeitsanträge zur Energiewende bekanntgeben.

Zunächst das Ergebnis zum Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 17/7357. Mit Ja haben 115, mit Nein 30 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 2 Enthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf der Drucksache 17/7372 bekannt. Mit Ja haben 15, mit Nein 129 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ich komme damit zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf der Drucksache 17/7373. Mit Ja haben 34, mit Nein 111 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 2 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 6)

Nun zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 17/7374. Mit Ja haben 30, mit Nein 117 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab 1 Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 7)

Dritter Vizepräsident Peter Meyer: Meine Damen und Herren, wir haben einen fliegenden Wechsel vorgenommen.